

der Leuten, oft kümmerlichen Begeisterung, der vermag nicht alles Gutes herauszubringen, kann nur bescheiden einiges berichten, lächerlich und im Romantischen, nur durch großen Ehrgeiz, noch dem reichhaltigen Anteil an diesem Festumzuge einigermaßen gerecht geworden zu sein.

Gaartreff am 1. August

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

* Saarbrücken, 23. Juli

Die gefrige Reorganisation des freien Bergarbeiterverbandes für das Saargebiet hat mit allen Stimmen gegen drei Enthaltungen beschlossen, am 1. August den Streik zu proklamieren, wenn den Bergarbeitern bis dahin keine Lohn-erhöhung zugebilligt werde. In den gefrigen Beziehungen zwischen Bergarbeitervereinen und den französischen Bergarbeitervereinen ist die letzte mit bisher fast garlich kein Zusammenhang ab. Die Parteiführungen des Generaldirektors der französischen Gewerkschaften mit dem französischen Arbeitssammler, die vor drei Tagen stattgefunden, scheinen vollkommen negativ verlaufen zu sein.

Die Beilegung des freien Bergarbeiterverbandes hat nun der gefrigen Reorganisation den Auftrag erhalten, sich mit den anderen Vorkriegsorganisationen gemeinsamer Vorbereitung des Streiks in Verbindung zu setzen.

Zusammenstöße in der Pfalz

In Birmaesen kam es bei dem ersten bisher von der Polizeibehörde erlaubten Gange der Rationalsozialisten, an dem über zwanzigtausend Uniformierte teilnahmen, zu Zusammenstößen mit Kommunisten. Etwa fünfzig Personen wurden verletzt. Die deutsche Polizei nahm etwa dreißig Straftaten in Kauf. Die französische Gendarmerie bestraft nicht in Tätigkeit zu treten.

Moskau soll dem Kellogg-Pakt beitreten

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

Sankt Petersburg, 23. Juli

Der englische Völkerbundführer Viscount Halifax fordert in einem Artikel in der „Daily News“, daß Rußland aufgefordert werden sollte, dem Kellogg - Antikriegspakt zu unterzeichnen. In Europa könne es keinen Frieden und keine Entwaffnung geben, wenn Rußland den Krieg vorbereitet. Wenn man dadurch, daß man Rußland an dem Pakt teilnehme, auch nicht viel gewinnen könne, so könne doch außerordentlich viel Nutzen gehen, wenn man es mit Absicht von dem Pakt ausschließt.

Wenn man den Einbruch eines Weltkriegs gegen Rußland herbeiführt, das vieleicht den Zwecken der Gesamtweltfriedensaußerordentlich dienlich, aber es fördert den Weltfrieden nicht. Man müßte daher Rußland auffordern, den Vertrag zu unterzeichnen und Rußland allein die Verantwortung einer Weltpolitik überlassen. Wohlgefühlt werde Rußland diese Aufgabe nicht, jedoch nicht, wenn man in den Weltfriedensforderungen auf vollständige Abschaffung eines Rechts verzichten müßte. Die Entschloß, daß Rußland an den Beziehungen über die Entwaffnung in Genf teilnehme, sei ein genügender Grund, um es zur Unterzeichnung des Paktes aufzufordern.

2000 Jahre Caracassone

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

* Paris, 23. Juli

Am Sonntag feierte die alte Römerstadt der Provence, Caracassone, die 2000. Wiederkehr ihrer Gründung. Der Präsident der Republik, Poincaré, und die Minister Herrs Garçon, Cassinelli, Rogerie, de Broqueville, waren anwesend. Der Zug begann mit einer Parade der dort garnisonierten Soldatentruppen aus Rom und Algier. Eine Kavallerie-Infanterieschule, die den Namen Karls des Großen erhielt, und eine Fortbildungsschule, die das Andenken Jean Jaures lebendig halten soll, wurden ebenfalls eröffnet. Den Abschluß des Festes bildete ein von „Völkischen Zeitung“ veranstaltetes „Internationales Konzert“. Es war ein feierliches Fest, das 1908 sich in der Stadt vor der Augen Roms IX. und des Prinzen von Navarra auf Befehl Katharina Medicee abspielte hatte.

Ruhe in Bulgarien

Die in den letzten Tagen wiederholt aufgetauchten Gerüchte über erste Unruhen in Bulgarien - in der „Völkischen Zeitung“ wird sofort auf ihre Unwahrscheinlichkeit hingewiesen worden - haben die Berliner bulgarische Gesandtschaft auf dem nachfolgenden offiziellen vereinigt. Die Gesandtschaft ist in der Lage mitzuteilen, daß die in einem Zeitungsartikel veröffentlichten Gerüchte über angeblich drohenden Aufständen in Bulgarien und blutige Zusammenstöße in Bulgarien völlig erfunden sind und keine tatsächlichen Grundlagen enthalten. Die Ordnung ist im Lande in seinem Augenblick gestört worden.“

Geplanter französischer Einbruch

In Brüssel, an der Westküste Frankreichs, sind zwei neue Unterseeboote in Gegenwart des Vizeadmirals Descaux auf dem Stapel gelassen.

Elektrisch Paris-Verailles

Die Elektrifizierung der Pariser Vorortbahnen hat neue Fortschritte zu verzeichnen. Am Montag wird der erste elektrische Zug vom Bahnhof St. Lazare nach Versailles laufen. Wird erst liegt der neue Fahrplan 40 Güterzüge und zwölf am Tage vor. Es besteht bereits eine elektrische Verbindung mit Versailles vom Bahnhof St. Lazare aus, doch wird die neue Verbindung wesentlich länger sein.

Calles geht mit den Bauern

Politische Folgen des Attentats auf Obregon

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

San Francisco, 23. Juli

Als erste politische Folge der Ermordung Obregons ist der bisherige Arbeitsminister Morones, der Führer der mexikanischen Arbeiterbewegung, aus dem Kabinett ausgeschieden. Seine Entlassung hat zunächst mit dem Attentat auf Obregon in unmittelbare Verbindung, als die Untersuchung ergeben hat, daß der Mörder von einem gewissen Manuel Trejo, der sich den religiösen Fanatismus des jugendlichen Attentäters verleiht, bestohlen wurde ist. Manuel Trejo aber gehört zu dem engen Kreise des ausgeschiedenen Arbeitsministers Morones.

Die Oegertheit von Morones gegen Obregon, die schon seit Jahren bekannt, war zum Teil persönlicher Natur. Es handelte sich aber darüber hinaus auch um die mexikanische Oegerreform. Obregon als der Initiator der mexikanischen Oegerreform protestierte bereits während seiner ersten Präsidentschaft sehr stark die Bauernpartei. Nach der erneuten Wahl Obregons war nun vorzunehmendes, daß der überzogene Einfluß der Gewerkschaften, die im Kabinett durch Morones vertreten wurden, sich vermindern werden müßte.

Japan gegen die Einigung Chinas

Der Druck auf die Mandschurei

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

Sankt Petersburg, 23. Juli

Der „Daily Telegraph“ meldet, daß Japan als Antwort auf Chinas Kündigung des japanisch-chinesischen Vertrages von 1896 alle offiziellen und gesellschaftlichen Beziehungen zu den Vertretern der Manchu-Regierung abgebrochen hat. Durch den japanischen Gesandten in Peking hat Japan der chinesischen Regierung eine sofort gebührende Antwort auf Chinas Erklärung, daß der japanisch-japanische Vertrag von 1896 als abgelaufen angesehen werde, überliefert.

Auf eine sehr energiegeladene japanische Warnung, nicht mit der Manchu-Regierung zusammenzugehen, hat der mandchurische Oberkommandierende, Chang Shiao Ling, der Sohn Zhang Shi Lin, General Zhang Tai Sait, in einem Telegramm mit-

teilt, daß er zu keinem Beharren durch die Intervention der japanischen Regierung gezwungen sei, die Verhandlungen mit der nationalen chinesischen Regierung abzubrechen, aber daß sein Wunsch auf Einigung zwischen China und der Mandchurien und Aufrechterhaltung des Friedens weiterhin unerschütterlich bleibe.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt, daß in diplomatischen Kreisen das Verbot Japans an die Mandchurien, sich mit den übrigen China zu einigen, eine außerordentliche Sensation hervorgerufen habe. Man befürchtet, daß die Washingtoner Vertragsgemäß die Kaltung Japans in dieser Angelegenheit von einem anderen Gesichtspunkte aus als in Japan interpretieren werden. Andererseits made man in London Japans keinen Vorwurf daraus, die Beziehungen zur nationalen chinesischen Regierung als Antwort auf die Kündigung des japanisch-japanischen Vertrages abgebrochen zu haben. Man verweise vielmehr die Ansicht, daß eine geeignete Front der Vertragsmächte durchaus nicht inopportun sein würde.

Die geschilderte Lage gehen wir nicht damit getrieben, daß die Bauern nicht erfüllt hätte, jetzt die nachdrückliche Erklärung des Bauernführers Soto, in der es heißt: „Die Lage ist so ernst wie zur Zeit der Ermordung Mhabers. Wenn uns Gerechtigkeit verweigert wird, werden wir zu den Waffen greifen. Das einzige Mittel, den Ausbruch des Bürgerkriegs zu vermeiden, ist der Rücktritt des Arbeitsministers und die Beilegung der Arbeiterführer aus der Regierung.“

Benizelos außenpolitisches Programm

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

Athen, 23. Juli

Die republikanischen Zeitungen enthalten Berichte über die Einigung von Benizelos in Saloniki, der gestern früh erfolgte und der überwiegend geographisch gewesen sein soll. Mehr als 100 000 Menschen sollen zusammengekommen sein. Benizelos, der sich in Athen befindet, große Beliebtheit erweist, zu begrüßen. Schon beim Einlaufen seines Schiffes in den Hafen, wo ihm zahlreiche Dampfer und Boote mit Bannern und Musik entgegengefahren waren, kam es zu hümmlichen Rumbegleitungen.

Die Menge machte es mit ihrem Begeisterungssturm Benizelos unmöglich, sich vernehmen zu lassen, deshalb ließ er seine Rede geben. Er sprach über die Einigung in Saloniki, die griechisch-griechischen Verträge, die Griechenland, das bei den Kriegen und Trüben verfallen ist, besonders in Athen, wo sie fast die Hälfte der sehr zahlreichen holländischen Einmische in Saloniki zur Begrüßung empfanden haben. Weiterhin benizelos den Abschluß neuer Oesterreichverträge mit den befreundeten Staaten an, so eine Erneuerung der italienisch-griechischen Verträge, die durch einen italienisch-griechischen Vertrag, Griechenland, das bei den Eroberungen zu machen wünscht, keine Feinde zu machen, das es von der Türkei loswerden könnte. Griechenland hat bereit, dem bulgarischen Handel einen Ausgangspunkt zum Ägäischen Meer zu bewilligen.

Ferner verweist Benizelos auf die geschäftlichen Beziehungen, die Griechenland mit Serbien verknüpfen und die nächste getrennt dem Programm seiner liberalen Partei an, daß er die freundschaftlichen Bande erneuern wolle. Die südbalkanischen Verträge in Saloniki würden in verächtlichem Geiste überprüft werden, ohne daß ein Zweifel darüber bestehen dürfte, daß die griechische Souveränität über Saloniki keinerlei Einbuße erleiden könne. Schließlich verweist Benizelos noch auf die guten Beziehungen, die Griechenland mit England, Frankreich und Italien verbindet.

Der Vorkommnisseführer Georg Streit, der gestern in Athen eintraf, erklärt, es sei der Wille des Königs Georg, außerhalb des Parteienkampfes zu bleiben. Zunächst müsse einmal eine Einheitsfront der Royalisten geschlossen werden, damit die Rührer zum Republikanismus überführt werden können.

Blutige Streikunruhen in Südsibirien

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

Sankt Petersburg, 23. Juli

Infolge eines Generalstreiks auf der sibirischen Eisenbahn ist es zu erheblichen Unruhen in der Nähe von Krasnojarsk zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten, die ver-

suchen, die nach verstreuten Güte zum Engländer zu bringen, und der Polizei, die von der Schutzpolizei Gebrauch machen mußte, gekommen. In Wjatskaja wurden die ersten Zusammenstöße zwischen streikenden Eisenbahnern und der Polizei ein europäischer Polizeistreit geteilt und neun Polizeibeamte verletzt. In Wjatskaja erkrankte die Polizei bei Feuer auf eine Anzahl von Streikenden. Ein Arbeiter wurde getötet und viele verwundet. Eine Anzahl von Verhaftungen wurde vorgenommen.

Als die Polizei verurteilt, die Streikenden, die einen Ertrag aus dem Getreide bringen wollten, mit Gewalt zu entfernen, schickte die Streikenden die Polizei an. In dem darauf folgenden Gefecht wurden acht Streikende getötet und fünfzehn verwundet. In Krasnojarsk wurde die Güte mit Eisen beworfen. In den Streikern von Krasnojarsk patrouillierten Polizei und Truppen, um ernsthaften Unruhen im Reime zu verhindern. Die industriellen Arbeiterführer haben sich gegen den Streik ausgesprochen, der von den Kommunisten, die angeblich aus Wlaskin mit Geld unterstützt wurde, angezettelt worden ist.

Ruhe in Ägypten

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

Kairo, 23. Juli

Die ägyptische Regierung, die angeblich ihre öffentliche Kundgebung der Ruhe, der Partei des abgewählten Ministerpräsidenten Saïd Pascha verboten hatte, hat dieses Verbot für eine Parteikundgebung in Kairo zurückgezogen, um Unruhen, mit denen man sonst hätte rechnen müssen, zu vermeiden. Auf der Parteikonferenz referierte Mahas über die politische Lage und schlug eine Protestpetition gegen die Auflösung des Parlamentes vor.

Die Meinung der Regierung in Kairo ist insofern richtig gewesen, als es bisher noch nirgends zu ernstlichen Unruhen gekommen ist. Die Nationalisten sind zufrieden mit der Haltung der offiziellen Parteiführer. Als Beleg für die ägyptischen Richter in Kairo beschloß man Protest gegen die Parlamentsauflösung drei Tage lang zu kreieren.

Der ägyptische Ministerpräsident Mahmud Pascha erklärte dem Berichterstatter der „Times“, er wolle die ein „sozialistischer Diktator“ regieren. Der Ägyptenfall der Korruption in allen Zweigen der Verwaltung wurde angeklagt werden und seine Politik werde darauf gerichtet sein, die unerschütterlichen wirtschaftlichen Interessen des Landes energisch zu fördern, vor allem auf dem Gebiete der Bevölkerung und der Wohlstandsfrage.

Die Pressezensur wurde milde gehandhabt worden und sich nur gegen Verleumdungen, durch die Zeitungen Remouen oder Gemeinheitsverleumdungen, Konstruktive Kritik seitens der Opposition ist der Regierung erwünscht. Die neue Regierung werde zu neuen, dem Vorkriegsstand England befristet und befristet sein. Die ägyptische Regierung ist demnach ein Schritt weiter hinaus, nachdem das Parlament die nach Wiederannahme einer Tätigkeit wieder reaktiviert habe.

